

Besser liewen

déi
gréng

Grénge Gemengewahlprogramm 2011



Inhaltsverzeichnis

Vorwort

Kapitel 1 Stadt- und Gemeindeentwicklung: Bessere Planung, mehr Lebensqualität

Die Gemeinde der kurzen Wege
Intelligenter bauen, erschwinglichen Wohnraum schaffen
Mehr Service durch regionale Zusammenarbeit
Mehr Mobilität, weniger Verkehr - Grün für Fußgänger und Fahrrad

Kapitel 2 Die besten Chancen für alle Kinder

Ein konsequenter Ausbau der Kinderbetreuung
Schule als attraktiver Lern- und Lebensort

Kapitel 3 Zusammen leben: Eine Gemeinde für alle

Ein kinder- und jugendgerechtes Umfeld
Ein vielfältiges lokales Kulturangebot
Sport für alle
Lebenshilfe als Dienstleistung
Genderpolitik und Frauenförderung als Leitmotiv
Eigenständigkeit und Selbstbestimmung älterer Menschen
Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Respekt der kulturellen Vielfalt
Weniger Barrieren für Menschen mit Behinderung
Öffentliche Sicherheit durch Prävention
Eine weltanschaulich gerechte und pluralistische Gesellschaft

Kapitel 4 Gesundheit, Umwelt- und Naturschutz: Eine gesunde Umwelt – eine artenreiche Natur

Natürliche Vielfalt erhalten – Artensterben aufhalten
Eine hohe Wasserqualität
Eine gesunde Umwelt
Eine zukunftsweisende Abfallpolitik
Die Gemeinde als Verbraucher mit Verantwortung

Kapitel 5 Klima und Energie: lokal handeln

Lokale Verantwortung für globale Herausforderungen
Eine intelligente Energienutzung ohne Atomkraft

Kapitel 6 Lokale Wirtschaft: Innovation fördern, Arbeit schaffen, ressourcenschonend investieren

Die Gemeinde als Garant für Innovation
Bessere Nutzung gemeindeeigener Ressourcen
Sanfter Tourismus als Wirtschafts- und Kulturfaktor

Kapitel 7 Demokratie und Verwaltung: Eine offene Gemeinde

Umfangreiche Information und Transparenz
Alle reden mit
Ein besserer Service für Bürgerinnen und Bürger

Anhang Fußnoten

Besser liewen

Vorwort

Die Klima- und Energieproblematik, die Umweltbelastungen sowie die Verteilungsgerechtigkeit sind für unsere zukünftige Lebensqualität entscheidend. Diese Herausforderungen verlangen einen fundamentalen Wandel der politischen Entscheidungen und unserer Handlungsweisen. Sie fordern vor allem ein grundlegendes Infragestellen unseres Wirtschaftswachstums, eine veränderte Wirtschaftsweise und ein neues Konsumverhalten jedes Einzelnen.

Dies bedeutet, dass wir unsere Lebensweise grundlegend ändern müssen: wir müssen weniger Energie verbrauchen und auf erneuerbare Energiequellen setzen, die gleichzeitig das Klima und die Umwelt schonen. Wir dürfen nur noch so viele Ressourcen verbrauchen, als ökologisch verantwortlich ist und nicht mehr auf Kosten anderer - ärmerer - Länder und der zukünftigen Generationen leben.

Es braucht einer gemeinsamen Kraftanstrengung, diese Ziele zu erreichen bzw. diese Herausforderungen positiv umzusetzen. Dies setzt auf nationaler Ebene die Bereitschaft voraus, in den kommenden Jahren zielstrebig große Reformen einzuleiten. Aber ohne engagierte Gemeinden wird das nicht zu schaffen sein. Denn die Gemeinden befinden sich in einer Schlüsselposition auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung. Sie sind für das Lebensumfeld der Bevölkerung zuständig und können durch den engen Kontakt zu den Menschen politische Entscheidungen treffen, die zur jeweiligen Situation vor Ort passen.

Déi gréng wollen sich diesen Herausforderungen stellen. Wir wollen in den Gemeinden das notwendige Umdenken und die erforderlichen Veränderungen unserer Lebensweise anregen und mit Erfolg durchsetzen. In mehreren Gemeinden haben déi gréng in den letzten Jahren bewiesen, dass dies möglich ist und dass unsere Vorschläge konkret zu einer Verbesserung der Lebensqualität beitragen.

Grüne Gemeindepolitik orientiert sich an den Prinzipien der Nachhaltigkeit: das heißt das gleichberechtigte Zusammenwirken von wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aspekten und das verstärkte Einbeziehen der Bevölkerung. So wird erreicht, dass in den Gemeinden die Lebensqualität der Bevölkerung nachhaltig verbessert wird, Ressourcen geschont und gleichzeitig Verantwortung für die nachfolgenden Generationen übernommen wird.

Unser Wahlprogramm beschreibt die Mittel und Wege, die zu einer Gemeinde führen, in der es sich besser leben lässt - trotz knapper werdender Ressourcen und trotz weniger finanzieller Mittel.

Besser liewen bedeutet für déi gréng: ein breitgefächertes Angebot an kommunalen Dienstleistungen für alle, eine hohe und umweltfreundliche Mobilität, eine vernünftige Raumplanung und eine verantwortungsvolle Klima- und Energiepolitik. Die grüne Gemeindepolitik schafft aber auch die Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Sozialpolitik. Ein gut funktionierender öffentlicher Transport und eine Energiepolitik mit einem umfassenden Sanierungskonzept für Privathäuser dienen nicht nur dem Klima oder der allgemeinen Lebensqualität, sondern sind auch wichtig für sozial schwache Haushalte, denn sie verhindern Energiearmut. Der langfristige Erfolg der politischen Maßnahmen wird dadurch sichergestellt, dass die Gemeinde kontinuierlich die Bevölkerung miteinbezieht und so ihre Entscheidungen der spezifischen Situation vor Ort anpasst. Der Aufbau einer partizipativen Gesellschaft ist daher oberstes Ziel von déi gréng. Sämtliche kommunale Projekte müssen Vorbildcharakter haben: umweltfreundliche sowie ressourcensparende Infrastrukturen und Einkäufe der Gemeinde verändern die Konsumgewohnheiten ihrer Bevölkerung nachhaltig. Grüne Gemeindepolitik legt auch großen Wert auf eine intensive regionale Zusammenarbeit. Durch die gemeinsame Planung von Projekten und durch die kollektive Nutzung von Infrastrukturen wird das Land rationeller genutzt, entsteht mehr Qualität beim Angebot und werden finanzielle Mittel eingespart.

Wir befinden uns in einer Zeit von großen Umbrüchen. Das Anliegen von déi gréng ist es, diese Herausforderungen zielstrebig anzugehen und zu einer positiven Entwicklung unserer Gesellschaft beizutragen. Die Gemeinden befinden sich in einer Schlüsselposition, wenn es um die Umsetzung der in der Zukunft notwendigen Veränderungen geht. Mit dem Wahlprogramm **Besser liewen** stellen déi gréng ihre konkreten Maßnahmen und Konzepte vor, mit denen sie sich den Wählerinnen und Wählern bei den Gemeindewahlen im Oktober 2011 stellen. Für déi gréng sind diese Wahlen - angesichts der großen Herausforderungen - daher von besonderer Bedeutung.

Sam Tanson & Christian Goebel

Parteipräsidentin und Parteipräsident



Kapitel 1

Stadt- und Gemeindeentwicklung: Bessere Planung, mehr Lebensqualität

Unser Ziel: Die Gemeinde der kurzen Wege

Um die aktuellen Probleme im Bereich der Mobilität, des Wohnungsbaus, des Energieverbrauchs oder der Zersiedelung des Landes zu beheben, sind neben dem Staat ebenfalls die Gemeinden gefordert. Es ist unerlässlich, dass die kommunale und die nationale Planung¹ nach den Kriterien der nachhaltigen Entwicklung in Bezug auf Flächenverbrauch, kurze Wege, Naherholung und Energieverbrauch ausgerichtet wird.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde schöpft - gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den staatlichen Wohnungsbaufonds - die rechtlichen Möglichkeiten aus, um aktives Bodenmanagement zu betreiben und aufgrund von ökologischen und sozialen Kriterien neuen Wohnraum zu schaffen;
- Wohnungsbaugebiete oder öffentliche Bauprojekte werden auf Grund von energetischen Kriterien ausgewiesen und geplant, wie eine Südorientierung der Bauten, das Vermeiden von Schattenbildung etc.;
- Die Gemeinde sorgt bei ihren Projekten dafür, dass Alltagsziele wie Einkaufen, Dienstleistungen, Naherholung, Schulen, Freizeitstätten und Behörden möglichst zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Transport zu erreichen sind;
- In den Bebauungsplänen und Bautenreglements der größeren Gemeinden werden Flächen für Schrebergärten (*Cité jardinières*) ausgewiesen;
- Bei allen Straßenbauprojekten und bei der Planung der öffentlichen Plätze wird durch ein systematisches Anlegen von Fahrradwegen, von großzügigen Gehwegen und abgeflachten Bordsteinkanten dem nicht motorisierten Verkehr und den weniger mobilen Personen ein hoher Stellenwert eingeräumt;
- Die Gemeinde führt das Konzept des **Shared-space**² ein;
- Die Gemeinde betreibt ein Parkraummanagement, das für den individuellen motorisierten Verkehr nicht mehr Stellflächen als unbedingt nötig vorsieht, etwa durch eingeschränkte Stellflächen pro m² Bürofläche und pro Wohneinheit, zeitlich begrenztes bzw. gebührenpflichtiges Parken, die Einführung des Anrainerparkscheins (*parking résidentiel*);
- Bei allen öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen, an Bahnhöfen und an Bushaltestellen werden sichere und überdachte Stellplätze für Fahrräder oder Fahrradboxen eingerichtet;
- Bei der Stadtplanung werden die organisatorischen und technischen Bedingungen für eine Mobilität von morgen geschaffen, wie Bus- und Tramkorridore, Leihfahrräder, Istzeit-Fahrplananzeigen, Stellplätze für **Car-sharing Initiativen**³, Steckdosen für Elektro-mobile.

Unser Ziel: Intelligenter bauen, erschwinglichen Wohnraum schaffen

Indem die Gemeinde im Wohnungsbau aktiv wird, sorgt sie dafür, dass erschwinglicher und für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen adäquater Wohnraum entsteht. Außerdem kann die Gemeinde durch geeignete Maßnahmen helfen, die Energiekosten der Haushalte zu reduzieren und Wohnen auch in Zukunft erschwinglich zu halten. Die Voraussetzung dafür ist, dass die Gemeinde nach Möglichkeit Bauland erwirbt.

Unsere Maßnahmen:

- Um die Bodenspekulation zu bekämpfen, nutzt die Gemeinde die rechtlichen Möglichkeiten des *Pacte-Logement-Gesetzes*, wie das Vorkaufsrecht, den **bail emphytéotique**⁴ oder die Einführung erhöhter Grundsteuern auf Baulücken;
- Die Gemeinde wird aktiv im sozialen Wohnungsbau und fördert in Zusammenarbeit mit nationalen Akteuren (*Fonds du Logement, SNHBM*) soziale Wohnungsbauprojekte. Sozialwohnungen werden in verschiedene Wohnviertel integriert. Die Gemeinde investiert in soziale Mietwohnungen;
- Die Eigentümer von leer stehendem privaten Wohnraum werden an die *Agence immobilière sociale* vermittelt, damit diese Potenziale genutzt werden können;
- Bei neuen Siedlungen wird auf eine Mischung der Bevölkerungsgruppen und der verschiedenen Funktionen - Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und Freizeit - geachtet;
- Die Gemeinde fördert ökologische Siedlungsprojekte, wobei Energieverbrauch und -versorgung besonders berücksichtigt werden. Sie setzt ein Investitionsprogramm ein, das einkommensschwachen Familien hilft, ihre Wohnungen energetisch zu sanieren.

Unser Ziel: Mehr Service durch regionale Zusammenarbeit

Die interkommunale Zusammenarbeit bietet vielen kleineren Gemeinden die einzige Möglichkeit, ihrer Bevölkerung ein breitgefächertes Angebot an hochwertigen Infrastrukturen und Dienstleistungen anzubieten und ermöglicht eine intelligentere – und nachhaltigere - Nutzung öffentlicher Mittel.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde denkt bei ihren Entscheidungen immer auch regional, indem sie konsequent die Möglichkeit interkommunaler Planung bei Projekten in Betracht zieht, wie bei Sport- und Kultureinrichtungen, Kinderbetreuung, Musikschulen, oder Gewerbebezonen, aber auch bei regionalen Dienstleistungen, wie z.B. regionales Bauamt, Energieberatung, Rettungsdienste oder Genderhaus;
- Priorität gilt der regionalen Mobilitätsplanung mit öffentlichem Transport (regionaler Busdienst), Fahrradwegen und Parkraummanagement;
- Die einzelnen Gemeinden tragen aktiv zur Schaffung der im *Programme directeur* vorgesehenen Regionen und *Syndicats mixtes* bei und setzen sich für die Ausarbeitung der im Landesplanungsgesetz vorgesehenen Regionalpläne ein;
- Kultur-, Sport- und Schulinfrastrukturen werden nach den Vorgaben der Regionalpläne entworfen und gebaut;
- Betriebe werden bevorzugt in regionalen Industrie- und Aktivitätszonen angesiedelt;
- Es wird ein regelmäßiger Gedankenaustausch mit den anderen Gemeinden der Region - auch denen der Nachbarländer - initiiert und gepflegt.

Unser Ziel: Mehr Mobilität, weniger Verkehr - Grün für Fußgänger und Radfahrer

Ziel grüner Verkehrspolitik ist ein vernetztes Mobilitätssystem mit einer Steigerung des Anteils von Fußgängern, Radfahrern und öffentlichem Transport am Gesamtverkehrsaufkommen. In Zukunft werden die Menschen nicht mehr auf ein einziges Verkehrsmittel - bisher oft das eigene Auto - zurückgreifen, sondern auf eine Kombination aus verschiedenen Verkehrsmitteln, wie Fahrrad, Bus, Zug und Auto. Darüber hinaus wird nicht mehr der Besitz eines Transportmittels, sondern seine Nutzung in den Vordergrund rücken. Die Gemeinden müssen sich auf diesen Wandel einstellen.

Unsere Maßnahmen:

- Ein regionales Mobilitätskonzept mit Schwerpunkt auf dem nicht motorisierten Verkehr wird in Zusammenarbeit mit den staatlichen Verwaltungen ausgearbeitet. Die Gemeinden bestehen hierbei darauf, konsequent bei allen Entscheidungen oder Planungsetappen der staatlichen Verwaltung als direkt Betroffene miteinbezogen zu werden;
- Die Gemeinde setzt sich dafür ein, dass der öffentliche Transport in ihrer Region qualitativ verbessert - dichte Fahrpläne, hoher Komfort - und ausgebaut wird;
- Bei Bedarf werden Citybusse oder Busse auf Abruf eingeführt;
- Ein kommunales Konzept für den nicht motorisierten Verkehr wird ausgearbeitet und umgesetzt. Dieses Konzept begreift die 4 Säulen: Infrastruktur, Service, Kommunikation, Monitoring;
- Flächendeckende Tempo 30 - und *shared-space* Zonen werden eingeführt;
- Im Parkraummanagement der Gemeinde wird festgelegt, dass die Parkplätze im Ortszentrum für (gebührenpflichtiges) Kurzzeitparken reserviert werden;
- Die Gemeinde führt Kampagnen für eine nachhaltige Mobilität durch und informiert die Einwohner über das lokale Angebot des öffentlichen Transports, mit übersichtlichen Fahrplänen, Freikarten für neue Einwohner, vergünstigten Jumbo-Karten, ... ;
- Die Gemeinde gestaltet den öffentlichen Transport möglichst kundenfreundlich, etwa durch attraktive und sichere Bushaltestellen und Stellplätze für Fahrräder an den Haltestellen;
- Fahrräder werden als alltägliches Fortbewegungsmittel im lokalen Verkehr propagiert und durch bauliche Maßnahmen gefördert. Dabei ist den erweiterten Anwendungsmöglichkeiten und dem größeren Aktionsradius des Elektrofahrrads Rechnung zu tragen;
- In Absprache mit den Nachbargemeinden wird ein Fahrradkonzept für die Region umgesetzt. In Ballungsräumen wird das (Elektro-)Fahrrad als Transportmittel für den Alltag gefördert;
- Die Gemeinde stellt ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Bus- und Bahntickets sowie Dienstfahrräder zur Verfügung;
- Größere Gemeinden oder Regionen bieten Leihfahrräder an und setzen *Car-sharing-Konzepte* um;
- Es werden autofreie Zonen ausgewiesen oder weitreichende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung umgesetzt, besonders im Umfeld von Schulen;
- Durch Aktionen wie „*Ech gi gâr zu Fouss an d'Schoul*“ und dem „*Pedibus*“, durch ein umfassendes Angebot an Bustransport, sicheren Fußgänger- und Fahrradwegen sowie Fahrradabstellmöglichkeiten werden Eltern und Schulkinder sensibilisiert, auf das Auto als Transportmittel zur Schule zu verzichten;
- Umgehungsstraßen von Ortschaften werden nicht pauschal abgelehnt, dürfen jedoch lediglich als letzte Maßnahme in Betracht gezogen werden, wenn vorher durchgeführte Verkehrsvermeidungsmaßnahmen nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben.

Kapitel 2

Die besten Chancen für alle Kinder

Unser Ziel: Ein konsequenter Ausbau der Kinderbetreuung

Ein flächendeckendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen ist Ziel grüner Gemeindepolitik, da in der Frühförderung der Kinder - im Alter zwischen 3 Monaten und 12 Jahren - der Schlüssel für mehr Chancengerechtigkeit liegt, sowohl für die Kinder als auch für die Eltern. Eine enge Koordination und Vernetzung zwischen Kinderbetreuung und Schule wird immer wichtiger. Daher sollen die Betreuungseinrichtungen in der öffentlichen Hand bleiben.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde baut ein bedarfsgerechtes, flexibles und qualitativ hochwertiges Angebot von Kinderbetreuungsstrukturen auf, das ganztätig für Kinder aller Altersstufen bereitsteht;
- Kleinere Gemeinden bauen diese Strukturen in interkommunaler Zusammenarbeit auf;
- Die *Maisons relais* arbeiten eng mit der Schule zusammen;
- Eine enge Kooperation zwischen den sozialen Diensten, dem Schulpersonal und den Eltern muss gewährleistet sein;
- Die Integration von Kindern mit Behinderung wird gefördert, indem Freizeit- und Ferienaktivitäten angeboten werden, an denen Kinder mit Behinderung teilnehmen können;
- Es wird auf ein breitgefächertes Angebot an Freizeitaktivitäten geachtet, das gleichermaßen für Mädchen und Jungen attraktiv ist;
- In den Betreuungsstrukturen werden generationenübergreifende Projekte durchgeführt, welche Kinder, Jugendliche oder ältere Personen zusammenführen;
- Es wird ebenfalls auf eine Zusammenarbeit mit den lokalen Vereinen (Sport, Musik) geachtet;
- Die Gemeinde setzt sich auf interkommunaler Ebene für die Schaffung einer **Maison relais für Sport⁵** ein;
- Es werden Dienstleistungen angeboten bzw. ausgebaut, die Kinder im Krankheitsfall betreuen;
- Die Gemeinde bietet Beratungsstrukturen an, die Eltern in Erziehungsfragen begleiten und unterstützen ;
- In den kommunalen Kantinen oder Kindertagesstätten werden biologische Nahrungsmittel und Transfair-Produkte eingesetzt. Es wird darauf geachtet, dass saisonale und regionale Lebensmittel gekauft werden.

Unser Ziel: Schule als attraktiver Lern – und Lebensort

In den Schulen müssen alle Kinder, unabhängig von ihren Ausgangsbedingungen, die gleichen Chancen erhalten. Die Gemeinde sorgt durch ihre Schulpolitik, die sie in engem Dialog mit Kindern, Lehrpersonal und Eltern entwickelt, dafür, dass sich alle in der Schule wohlfühlen.

Unsere Maßnahmen:

- Die jährliche Schulorganisation wird in einem intensiven Dialog mit den Lehrkräften und den Elternvertretungen vorbereitet;
- Die Gemeinde setzt sich mit den Schulen zusammen, um sie aktiv bei der Umsetzung ihrer PRS (*plan de réussite scolaire*) zu unterstützen;
- Die Gemeinde stellt großzügige, gut ausgestattete Räumlichkeiten und genügend finanzielle Mittel für die Grundschule zur Verfügung, vor allem für Schulen, in denen die Gruppe der sozial und kulturell Benachteiligten am größten ist;
- Räumlichkeiten der Grundschule (wie z.B. Musiksaal, Turnsaal, Entspannungsraum...) könnten, in den Ferien sowie außerhalb der Schulzeit, ebenfalls von der jeweiligen *Maison relais* genutzt werden;
- Die Gemeinde sieht besondere Räume für Kinder mit spezifischen Problemen vor (z.B. Motorik-Saal);
- In jedem Schulgebäude werden adäquate Räumlichkeiten für das Schulkomitee (*comité d'école*) eingerichtet. Der *service scolaire* der Gemeinde bleibt parallel zum Schulkomitee bestehen.
- Die Gemeinde wendet bei den Infrastrukturen ihrer Grundschule(n) die strengsten Normen im Sicherheits- und Gesundheitsbereich an. Beim Neubau bzw. der Renovierung von Schulen werden umweltfreundliche Baustoffe verwendet und es wird konsequent auf sparsamen Energie- und Wasserverbrauch gesetzt;
- Pausenhöfe werden nach neuesten pädagogischen Standards geplant oder umgestaltet;
- In der direkten Umgebung der Schulen werden umfangreiche Grünflächen als Spielraum eingeplant und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung durchgesetzt;
- Hausaufgabenhilfe und andere Arten von Stützkursen werden angeboten;

- Die Gemeinde setzt sich aktiv für eine Integration von Kindern unterschiedlicher sozialer und nationaler Herkunft ein;
- In den Grundschulen findet eine präventive Gesundheitserziehung besondere Beachtung, die umfassend über gesundheitliche Risiken informiert und auf eine gesunde Ernährung in den Schulkantinen und viel Bewegung der Kinder aufbaut. Der Gebrauch von Handys wird in den Schulräumen untersagt;
- Der Schulsport wird gefördert durch die Schaffung von ausreichenden und modernen Infrastrukturen, die das Abhalten aller vorgesehenen Unterrichtseinheiten ermöglichen;
- Die Umweltbildung, die einen verantwortungsbewussten Umgang mit Umwelt und natürlichen Ressourcen vermittelt, wird gefördert. Die Schule gibt sich eine vorbildliche Müllvermeidung und Mülltrennung, führt Energie- und Wassersparkonzepte durch und richtet einen Schulgarten ein. Die Gemeinde schafft neue kommunale bzw. regionale Lernorte, wie z.B. Naturschulen;
- Die Gemeinde kann, neben der Grundschule und den verschiedenen Modellen von Betreuungsstrukturen, eine Ganztagschule anbieten;
- Die Integration von Kindern mit Behinderung und spezifischen Bedürfnissen in die Grundschule wird gefördert.



Kapitel 3

Zusammen leben: Eine Gemeinde für alle

Unser Ziel: Ein kinder- und jugendgerechtes Umfeld

Vor allem für Kinder und Jugendliche trägt eine Gemeinde der kurzen und sicheren Wege zu einer deutlichen Steigerung ihrer Mobilität und Lebensqualität bei. Um ein kinder- und jugendgerechtes Umfeld zu schaffen, müssen sie aktiv an der Entwicklung von kommunalen Projekten beteiligt sein.

Unsere Maßnahmen:

- Kinder und Jugendliche werden gezielt bei der Planung in den Bereichen Verkehr, Freizeit sowie der Flächennutzung miteinbezogen. Jugendliche werden besonders bei Projekten der Kulturpolitik beteiligt;
- Die Gemeinde richtet Spiel-, Sport- und Aufenthaltsplätze für Kinder und Jugendliche ein, die den spezifischen Bedürfnissen der verschiedenen Altersstufen und den besonderen Interessen von Jungen und Mädchen gerecht werden;
- Um die Mobilität von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten, setzen die Gemeinden ein sicheres Fuß- und Radfahrerwegenetz um und bieten ihnen die bestmöglichen Bedingungen beim Benutzen des öffentlichen Transports;
- Kinder- und Jugendgemeinderäte oder andere Partizipationsmöglichkeiten wie Kinder- oder Jugendforen erlauben den jüngeren Einwohnerinnen und Einwohnern, sich aktiv in das Gemeindeleben und die verschiedenen kommunalen Strukturen einzubringen;
- Jugendtreffs oder Jugendhäuser werden zur Verfügung gestellt. Lokale Jugendorganisationen werden in die Verwaltung und Nutzung dieser Strukturen miteinbezogen;
- Es wird auf ein breitgefächertes Angebot an Freizeitaktivitäten geachtet, das sowohl für Mädchen als auch für Jungen attraktiv ist;
- Die Gemeinde schafft alternative Wohnprojekte, wo besonders junge Erwachsene in Wohngemeinschaften leben können;
- Die soziale Mixität, dh. eine ausgeglichene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen verschiedener Herkunft und verschiedenen Geschlechts, wird bei kommunalen Projekten gefördert;
- Ein Jugendkommunalplan wird ausgearbeitet und umgesetzt;
- Die Gemeinde gibt sich eine Strategie, um die Jugendarbeitslosigkeit vor Ort zu bekämpfen. Sie arbeitet mit den Regionalbüros der *Action locale pour jeunes* zusammen, bildet Synergien mit den lokalen Betrieben und dem Handel und bindet die Sozial- und Solidarwirtschaft mit ein;
- Im Zusammenhang mit der Vergabe von Subsidien an Vereine wird die Aufbauarbeit mit Kindern und Jugendlichen besonders gefördert.

Unser Ziel: Ein vielfältiges lokales Kulturangebot

Kunst, Kultur und Kreativität sind wichtige Bausteine für sozialen Zusammenhalt und Integration auf Gemeindeebene. Die Gemeinde muss ihrer Bevölkerung den Zugang zu einem breiten kulturellen Angebot in ihrer Gemeinde oder Region gewährleisten. Sie muss die Voraussetzungen schaffen, die zu einer kulturellen Vielfalt führen. Besonders Jugendliche brauchen öffentliche Orte der Kreativität und des Austausches. Kleinere Gemeinden schließen sich in der Region zusammen, um ein adäquates Kulturangebot zu gewährleisten.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde stellt einen Kulturaktionsplan auf und achtet besonders darauf, dass die verschiedenen sozialen und kulturellen Gesellschaftsgruppen oder kulturellen Vereinigungen miteinbezogen werden;
- Die Gemeinde richtet eine Bibliothek und Mediathek ein, sei es auf lokaler oder auf regionaler Ebene;
- Die Gemeinde sorgt mit lokalen Vereinen und Historikerinnen und Historikern für eine adäquate Archivierung und Aufarbeitung der lokalen zeitgeschichtlichen Ereignisse (*mémoire collective*);
- Im Zusammenhang mit der Vergabe von Subsidien an Vereine oder Kulturschaffende werden transparente Kriterien eingeführt, die ebenfalls an nachhaltiges Handeln geknüpft sind ;
- Die Gemeinde richtet Kulturräume für Jugendliche ein, wie Proberäume, Aufführungs- und Ausstellungsräume;
- In den Grundschulen und Kinderbetreuungsstrukturen werden kulturelle Förderprogramme integriert, wie regelmäßige Besuche von Kulturveranstaltungen und Bibliotheken, oder die aktive Partizipation an Kulturprojekten auf Gemeindeebene;
- Den Kulturvereinen werden adäquate Infrastrukturen zur Verfügung gestellt;
- Die Gemeinde gewährleistet die kulturelle Beteiligung der ausländischen Bevölkerungsgruppen;
- Die Gemeinde setzt sich für die regionale Vernetzung der Kulturstätten ein, indem sie mit regionalen und nationalen Instanzen zusammenarbeitet.

Unser Ziel: Sport für alle

Sport hat eine hohe soziale Komponente und spielt eine wichtige Rolle bei der gesellschaftlichen Integration in allen Altersklassen. Indem die Gemeinde sportliche Aktivitäten auf ihrem Gebiet anbietet und unterstützt, übernimmt sie außerdem eine wichtige Rolle bei der Gesundheitsförderung ihrer Bevölkerung, vor allem bei Kindern und Jugendlichen. Eine effiziente Nutzung der Sportinfrastrukturen kann nur im regionalen Kontext geschehen.

Unsere Maßnahmen:

- Im Zusammenhang mit der Vergabe von Subsidien an Vereine werden transparente Kriterien eingeführt und an soziale oder nachhaltige Bedingungen geknüpft, wie die Einstellung von ausgebildeten Sportlehrern und Sportlehrerinnen oder das Abhalten von ressourcenschonenden öffentlichen Veranstaltungen;
- Die Aufbauarbeit mit Kindern und Jugendlichen wird gezielt gefördert. Auf die spezifischen Ansprüche von Mädchen und Frauen wird besonders geachtet;
- In den Grundschulen und Kinderbetreuungsstrukturen wird ein weitgefächertes Angebot an sportlichen Aktivitäten umgesetzt;
- Die Gemeinde setzt sich auf interkommunaler Ebene für die Schaffung einer **Maison relais für Sport⁵** ein;
- Der (ganzjährige) Zugang zu den Sportinfrastrukturen wird auch jenen Personen ermöglicht, welche nicht in Vereinen aktiv sind;
- Die Gemeinde bietet Sportaktivitäten für Senioren und Seniorinnen an;
- Die Planung, der Bau und die Nutzung der Sportinfrastrukturen werden zusammen mit den Nachbargemeinden organisiert. Bei den Gebäuden sind strenge nachhaltige Kriterien einzuhalten.

Unser Ziel: Lebenshilfe als Dienstleistung

Die Gemeinden haben im Bereich der Sozialpolitik und der Armutsbekämpfung wachsende Aufgaben zu übernehmen. Sie können, durch ihre Bürgernähe, eine selektive Sozialpolitik anbieten, welche zu einer wahren Lebenshilfe wird, die im Leben auftretende Probleme beheben oder erleichtern kann. Die Regionalisierung der Sozialämter trägt zu einer qualitativen Verbesserung der Sozialdienstleistungen bei. Die Gemeinden sorgen für einen zuvorkommenden Umgang mit den Menschen und eine unbürokratische Sozialhilfe. Es gilt, das Ansehen des Sozialamtes zu erhöhen.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde informiert regelmäßig und umfassend über die verschiedenen Unterstützungen im Bereich ihrer Sozialpolitik;
- Die Gemeinde schafft im Rahmen ihres Bürgeramtes einen zentralen und unbürokratischen Zugang zu den sozialen Hilfestellungen und Dienstleistungen;
- Die Gemeinde nimmt sich des Problems der Überschuldung der Haushalte an und dient als Weitervermittlungsstelle zu den zuständigen Instanzen oder der Schuldnerberatung;
- Ein großzügig ausgelegter Kriterienkatalog für die vom Sozialamt angebotenen Leistungen wird aufgestellt;
- Durch ein multidisziplinäres Team, das aus Sozialhelfern und Psychologen besteht, gewährleistet das Sozialamt eine adäquate, umfangreiche und respektvolle Begleitung der Menschen. Die Gemeinde sorgt für ständige Fortbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamtes;
- Es wird eine eigenständige Sozialkommission geschaffen, in der die verschiedenen lokalen Sozialdienststellen vertreten sind;
- Damit rechtzeitig Verbesserungsmaßnahmen getroffen werden können, wird ein jährlicher Bericht über die soziale Lage in der Gemeinde erstellt und im Gemeinderat diskutiert ;
- Die Gemeinde gibt sich ein Programm, das Armut verhindert und bekämpft. Sie setzt vor allem ein umfangreiches Maßnahmenpaket um, das der Energiearmut vorbeugt. Durch eine Neugestaltung der kommunalen Teuerungszulage für einkommensschwache Haushalte werden die Erhöhungen der Gemeindegebühren (Wasser, Abfall, Energie) kompensiert;
- Die Gemeinde wird in den Bereichen der Suchtprävention und Drogenpolitik aktiv. Sie sorgt dafür, dass alle Bevölkerungsschichten und Alterskategorien von geschultem sozio-educativem Personal über Drogen und Sucht informiert werden;
- Die Gemeinde beteiligt sich am dezentralen Aufbau der Hilfsstrukturen und -maßnahmen für Drogenabhängige und fördert - entsprechend den Bedürfnissen der Patienten- ein Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten, Fixerstuben und psycho-sozialen Einrichtungen auf ihrem Gebiet.

Unser Ziel: Genderpolitik und Frauenförderung als Leitmotiv

Die Gemeinden machen sich stark für Geschlechtergerechtigkeit. Die Gemeinde soll für Frauen und Männer gleichermaßen attraktiv sein; dies betrifft vor allem die Bereiche Wohnen, Arbeit, Bildung, Kultur und Sport. **Gendermainstreaming⁶** wird zum Instrument der Gemeindepolitik gemacht. Das bedeutet konkret, dass bei allen kommunalen Projekten die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern rechtzeitig und regelmäßig berücksichtigt werden.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde richtet eine Anlaufstelle für Gender- und Gleichheitspolitik (Büro oder Beauftragte) ein, die mit eigenem qualifizierten Personal und Budget für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gleichberechtigung und Gleichstellung der Frauen sorgt und jede Art von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bekämpft. Kleinere Gemeinden schließen sich zusammen und gründen ein Regionalbüro;
- Zur Erreichung von Geschlechtergerechtigkeit verpflichtet sich die Gemeinde eine Bestandsaufnahme der Repräsentanz der Geschlechter, der Verteilung von Ressourcen und der Realisierung von Bedürfnissen und Interessen zu machen;
- Die Gemeinde unterzeichnet die EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern und verpflichtet sich einen Gleichstellungsaktionsplan (*plan d'action communal de l'égalité entre femmes et hommes, PAC*) auszuarbeiten und darin Ziele (interne Maßnahmen und externe Aktionen) für die künftige Entwicklung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene festzulegen;
- Die Gemeinde setzt sich konsequent für die Beseitigung von geschlechtsspezifischen Unterschieden in allen Bereichen der Bildung und Erziehung ein (Genderaspekt in den Schulen, Jugendhäusern, Maison Relais, usw.);
- Die Gemeinde nimmt jährlich am Girls' Day - Boys' Day teil.

Unser Ziel: Eigenständigkeit und Selbstbestimmung älterer Menschen

Ältere Menschen haben ein Recht auf Autonomie, Mobilität und auf eine aktive Teilhabe am sozialen Leben ihrer Gemeinde. Durch gezielte Maßnahmen trägt die Gemeinde dazu bei, dass ältere Menschen ihre Lebenserfahrung und ihr Potenzial konsequent weitergeben können.

Unsere Maßnahmen:

- Ältere Menschen werden bei gemeinschaftlichen Projekten, wie Aktivitäten in Kinderbetreuungsstrukturen, Grundschulen oder Jugendzentren miteinbezogen;
- Kommunale Räume werden als kollektive Treffplätze für ältere Personen zur Verfügung gestellt;
- In Zusammenarbeit mit bestehenden lokalen Organisationen werden Freizeitaktivitäten angeboten, welche sich an Senioren und Seniorinnen der unterschiedlichen kulturellen und sozialen Schichten richten;
- Die Mobilität älterer Menschen wird verbessert, indem das Konzept der sanften Mobilität umgesetzt wird. Gleichzeitig wird ein diversifizierter, gut ausgebauter öffentlicher Transport angeboten, der sowohl für Alltagsbesorgungen als auch für punktuelle Fahrten zu kulturellen und sportlichen Veranstaltungen zur Verfügung steht. Dieses Angebot wird durch ein Rufbussystem vervollständigt;
- Älteren Menschen wird eine Hilfe bei alltäglichen Verrichtungen und Einkäufen gewährleistet;
- Die Gemeinde baut Dienstleistungen, wie *Essen auf Rädern*, aus;
- In den Stadt- oder Dorfzentren werden neue Wohnformen und Projekte mit betreutem Wohnen geschaffen, die älteren Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Gemischte Wohnformen als Bindeglied zwischen den Generationen werden bevorzugt.

Unser Ziel: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Respekt der kulturellen Vielfalt

Eine erfolgreiche Integration bedeutet die gleichberechtigte Teilnahme der Ausländerinnen und Ausländer am wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Die Gemeinden sind wichtige Akteure in diesem Prozess und müssen Integration als Querschnittsaufgabe in alle Politikbereiche einfließen lassen, sei es in ihre Bildungs-, Jugend-, Senioren- oder Stadtentwicklungspolitik. Sie tragen dazu bei, dass die Chancen einer interkulturellen Gesellschaft auf Gemeindeebene genutzt werden.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde gibt sich eine aktive Integrationspolitik und arbeitet eng mit lokalen und nationalen Ausländervereinigungen zusammen;
- Die Integrationskommission - *Commission consultative communale d'intégration* - wird aktiv in die Gemeindepolitik miteinbezogen;
- Ausländer und Ausländerinnen werden gezielt in die Beteiligungsprozesse der Gemeinde und in die Konsultativkommissionen eingebunden;
- Die nicht-luxemburgische Bevölkerung wird sensibilisiert, um sich in die Wählerlisten einzutragen;
- Neben luxemburgischen Sprachkursen für Erwachsene bietet die Gemeinde spezifische Sprach-Förderprogramme in Grundschulen an;
- Die Gemeinde informiert umfangreich über die verschiedenen kommunalen und nationalen Dienstleistungen: Sie berücksichtigt in ihren offiziellen Publikationen die sprachliche Realität der Bevölkerung und veröffentlicht ihre Mitteilungen möglichst in mehreren Sprachen;
- In Kooperation mit den Ausländerinnen und Ausländern und den lokalen Vereinigungen erarbeitet die Gemeinde Maßnahmen, um gegenseitige Akzeptanz und Toleranz sowie den interkulturellen Dialog zu fördern;
- Die Gemeinde stellt Mediateure der verschiedensten Sprachen kostenlos zur Verfügung, die mit ihren Übersetzer- und Vermittlerdiensten bei Bedarf Ausländerinnen und Ausländern zur Seite stehen;
- Die Gemeinde übernimmt Verantwortung im Bereich der Asylpolitik, arbeitet eng mit den staatlichen Behörden zusammen und stellt geeignete Wohnräume für Asylbewerber und Asylbewerberinnen zur Verfügung;

- Die Gemeinde sorgt, indem sie im Wohnungsbau aktiv wird, für ein Angebot an erschwinglichem und adäquatem Wohnraum, welcher den unterschiedlichen persönlichen und wirtschaftlichen Situationen der Bevölkerung angepasst ist. Sie hilft bei Bedarf bei der Wohnungsvermittlung.

Unser Ziel: Weniger Barrieren für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf Selbstbestimmung und aktive Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben der Gemeinde. Durch eine bewusste und systematische Planung ist sicherzustellen, dass kommunale Strukturen und Dienstleistungen von der ganzen Bevölkerung genutzt werden können. So erhalten behinderte Menschen die gleichen Chancen wie Nicht-Behinderte.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde gibt sich ein Aktionsprogramm für eine barrierefreie Gestaltung des öffentlichen Raumes, das auf der **Agenda 227** basiert und somit die UN-Regeln zur Herstellung von Chancengleichheit umsetzt;
- Die spezifischen Belange von Menschen mit einer Behinderung fließen systematisch in neue Gemeindeprojekte ein. Behindertenorganisationen werden gezielt in die Planung miteinbezogen;
- Die Gemeinde setzt Maßnahmen um, welche Menschen mit Behinderung den öffentlichen Raum und die kommunalen Dienstleistungen zugänglich machen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln;
- Die Gemeinde trägt mit Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen dazu bei, dass die kommunale Verwaltung den Menschen mit Behinderungen ein bestmögliches Verständnis und eine optimale Hilfestellung gewährleistet;
- Die Integration von Kindern mit Behinderung in die Grundschule wird gefördert und es wird darauf geachtet, dass Kinder mit Behinderung an außerschulischen Freizeit- und Ferienaktivitäten teilnehmen können;
- In der Gemeindeverwaltung und in Gemeindebetrieben werden Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung eingerichtet;
- Die Gemeinde schafft oder fördert zentral gelegene, betreute Wohn-, Tages- und Arbeitsstrukturen für Menschen mit Behinderung;
- Durch Sensibilisierungskampagnen fördert die Gemeinde eine bessere Integration der Menschen mit Behinderung.

Unser Ziel: Öffentliche Sicherheit durch Prävention

Nur gemeinsam, mit der Kompetenz der Bürger und Bürgerinnen, der lokalen Vereine sowie einer bürgernahen Polizei lassen sich öffentliche Sicherheit und Sicherheitsgefühl erhöhen. Gewalt wird verhindert, indem die Gemeinde eine breite Präventionspolitik in den verschiedensten Bereichen wie der Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik durchführt.

Unsere Maßnahmen:

- Sensibilisierungs- und Präventionsprogramme gegen Gewaltdelikte in der Öffentlichkeit oder gegen häusliche Gewalt werden vor allem in den Grundschulen sowie in der Erziehungsarbeit mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt;
- Die Gemeinde setzt einen kommunalen bzw. regionalen Präventionsrat ein, welcher sich mit der öffentlichen Sicherheit in der Gemeinde befasst, Vorschläge zu Änderungen der öffentlichen Infrastrukturen macht und Informations- bzw. Sensibilisierungskampagnen zur Gewaltvermeidung durchführt;
- Der Einsatz von Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen wird generell nur nach gründlicher Analyse in Bezug auf ihr reelles Präventionspotenzial genehmigt.

Unser Ziel: eine weltanschaulich gerechte und pluralistische Gesellschaft

Es ist auch auf kommunaler Ebene möglich, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche(n) an die gesellschaftliche Realität von heute anzupassen. Diese Realität verlangt ferner, dass die Gemeinden ihr Angebot an Dienstleistungen für nicht-religiöse Menschen ausbauen und attraktiver gestalten.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde sorgt für eine transparente Einsicht in die Finanzen der Kirchenfabrik;
- Für den Unterhalt und die Instandsetzung der Kirchengebäude kommt die Gemeinde nur noch dann auf, wenn die Kirchenfabrik nicht über die notwendigen Mittel verfügt;
- Die Gemeinde ermöglicht es, dass die Kirchengebäude auch für nicht-religiöse Veranstaltungen genutzt werden können;
- Die Gemeinde schafft Infrastrukturen und Angebote, welche eine attraktive und würdige Umsetzung von weltlichen Zeremonien (z.B. Hochzeitsfeiern und Bestattungen) garantieren können. Sie ermöglicht die Durchführung dieser Zeremonien ebenfalls an Samstagen bzw. Sonntagen;
- Ferner sollen mit dem Waldfriedhof (Baumbestattung) und der naturbelassenen Aschestreuwiese auch neue Bestattungsformen eingeführt und ausgebaut werden.

Kapitel 4

Gesundheit, Umwelt- und Naturschutz: Eine gesunde Umwelt – eine artenreiche Natur

Unser Ziel: Natürliche Vielfalt erhalten - Artensterben aufhalten

Die Artenvielfalt ist die Basis für ein stabiles Ökosystem und die Lebensgrundlage für Pflanzen, Tiere und Menschen. Die Gemeinden müssen einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt der Biodiversität leisten und den Naturschutz auf lokaler Ebene voranbringen. Dafür kommen sowohl gemeindeeigene Flächen in Frage als auch die Umsetzung von Programmen auf privaten Grundstücken in- und außerhalb der Bebauung.

Unsere Maßnahmen:

- In Zusammenarbeit mit den lokalen und nationalen Umweltschutzorganisationen sowie den zuständigen staatlichen Verwaltungen setzt sich die Gemeinde aktiv für die Ausweisung von kommunalen und regionalen Landschafts- und Naturschutzgebieten ein;
- Programme zum Erhalt der Biodiversität und zum Artenschutz werden gefördert (z.B. Bienen,...);
- Landschaftsschutzpläne und Grünpläne werden aufgestellt und umgesetzt;
- Bei der Bewirtschaftung der gemeindeeigenen Wälder wird die **FSC- Zertifizierung**⁸ angestrebt. Zehnjahresforstpläne werden in Zusammenarbeit mit der Forstverwaltung aufgestellt und umgesetzt;
- Um der Zersiedelung und Versiegelung entgegenzuwirken, wird bei der Ausweisung von neuen Siedlungen eine dichtere und flächensparende Bauweise bevorzugt;
- Naherholungsgebiete werden eingerichtet und innerstädtische Grünflächen werden angelegt bzw. erhalten;
- Die Gemeinde tritt einem Naturschutzsyndikat bei;
- Die Gemeinde führt Sensibilisierungskampagnen über artgerechte Tierhaltung durch und erlässt ein Reglement über die Genehmigung von Zirkusgastspielen mit Tieren;
- Die Gemeinde erklärt sich Gentechnik-frei, führt Informationskampagnen durch und verzichtet in ihrem Gärtnerbetrieb, beim Lebensmittelkauf und in ihren Kantinen auf Produkte, die Gentechnik enthalten;
- Auf den Einsatz von Pestiziden und Herbiziden auf gemeindeeigenen Flächen wird weitgehend verzichtet und in Kampagnen wird die Bevölkerung sensibilisiert, auf ihren Grundstücken keine Pestiziden und Herbiziden anzuwenden;
- Schrebergärten (*Cités jardinières*) werden im Bebauungsplan ausgewiesen. Schulgärten werden nach Möglichkeit gefördert.

Unser Ziel: Eine hohe Wasserqualität

Die Gemeinden müssen ihrer Bevölkerung eine hohe Trinkwasserqualität garantieren und zum Schutz der Gewässer sowie zur Absicherung der lokalen Trinkwasserquellen beitragen. Der reale Wasserpreis gibt den politisch Verantwortlichen die nötigen finanziellen Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Er ist ein wichtiges Lenkungsinstrument für die Gemeinden und führt zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Wasser.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde führt Wassersparkampagnen durch. Neben den allgemeinen Sensibilisierungsmaßnahmen informiert die Gemeinde die Haushalte - mit Hilfe der Wasserrechnungen - über ihren realen Wasserverbrauch;
- Die Gemeinde reduziert ihren eigenen Wasserverbrauch und hält das kommunale Leitungsnetz in Stand, um Wasserverluste durch undichte Rohre zu vermeiden;
- Zusätzlich mit der Einführung der kostendeckenden Wasser- und Abwasserpreise wird zugleich ein sozialer Ausgleich (*Allocation de vie chère*) für einkommensschwache Haushalte geschaffen. Geringere Anschlusskosten und höherer Verbrauchspreis machen Wassersparen attraktiv;
- Kostendeckende Wasserpreise müssen der Bevölkerung eine hohe Trinkwasserqualität garantieren: Die Gemeinde definiert ihre Trinkwasserschutzgebiete und setzt sich bei den staatlichen Verwaltungen für konkrete Schutzmaßnahmen (u.a. biologische Landwirtschaft) auf ihrem Gebiet oder in ihrer Region ein;
- Die Gemeinde führt Sensibilisierungskampagnen für die Nutzung von Trinkwasser als Nahrungsquelle durch;
- Mindestens zweimal pro Jahr werden Analysen der Trinkwasserqualität durchgeführt; die Resultate werden veröffentlicht und allgemein verständlich erklärt;
- Regenwassernutzung in Privat- und Gewerbegebäuden wird zusätzlich zu den staatlichen Hilfen über kommunale Subventionierung gefördert. Pilotprojekte zur Grauwassernutzung und großflächige Projekte für Regenwassernutzung werden durchgeführt;

- Durch die Renaturierung der Wasserläufe und die Wiederherstellung der natürlichen Überschwemmungsgebiete wird den Überschwemmungen entgegengewirkt;
- Die Gemeinde setzt sich in ihrem Abwassersyndikat dafür ein, dass die Kläranlagen kurzfristig den Erfordernissen der Wasserrahmenrichtlinie angepasst werden;
- Die Gemeinde achtet in den Einzugsgebieten von Bächen und Flüssen auf die Aktivitäten in den Bereichen Landwirtschaft, Garten- und Weinbau, öffentliche Flächen, Kleingärten,... um einer Gewässerverschmutzung vorzubeugen. In diesem Sinne verzichtet die Gemeinde auf Pestizide und es werden **Contrats de rivières**⁹ mit allen Akteuren abgeschlossen.

Unser Ziel: Eine gesunde Umwelt

Saubere Luft, Ruhe und Sicherheit vor elektromagnetischer Strahlung sind Gesundheitsschutz. Auch in diesen Bereichen gilt: Vorbeugen ist besser als heilen. Die Gemeinde sorgt durch präventive Maßnahmen, wie die Umsetzung der sanften Mobilität oder die Vermeidung von Belastungsquellen in Gebäuden, für eine gesunde Umwelt.

Unsere Maßnahmen:

- In Gebieten mit problematischen Industrieanlagen oder hoher Verkehrsbelastung werden regelmäßig Messungen der Immissionen - z.B. Biomonitoring - durchgeführt. An Mobilfunkeinrichtungen werden Messungen der Strahlung durchgeführt. Die Bevölkerung wird schnell und umfassend über die Messresultate informiert (z.B. Anzeigetafeln mit aktuellen Werten);
- Die Gemeinde strebt eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs an, führt Antismog-Maßnahmen oder autofreie Tage durch und trägt so konkret zu einer besseren Luftqualität und weniger Lärmbelastung bei;
- In Gebieten mit hoher Luftbelastung müssen die Standorte von neuen Industrieanlagen aufgrund von Immissionsgrenzwerten geprüft werden;
- Die allgemeine Lärmbelastung in der Gemeinde wird erfasst und Sensibilisierungskampagnen werden durchgeführt. Die Information über konkrete baubiologische Risiken und über elektromagnetische Strahlung, auch in den eigenen vier Wänden, sollte bürgernah angegangen werden;
- In Zusammenarbeit mit den staatlichen Instanzen werden Maßnahmen zur Vermeidung/Verminderung des Lärms von Straßen-, Flug- und Schienenverkehr umgesetzt;
- Bei gemeindeeigenen Gebäuden und technischen Einrichtungen werden Maßnahmen für optimale Lärmvermeidung, für Lärmschutz und Raumakustik eingeplant oder bei Umbauten nachgerüstet;
- Beim Bau oder der Renovierung von gemeindeeigenen Gebäuden, Wohnungen, Kinderkrippen, Schulen usw. werden baubiologische Maßnahmen zwecks Vermeidung von chemischen, biologischen oder physikalischen Belastungsquellen und Gesundheitsrisiken durchgeführt („Indoor-pollution“);
- Um der sogenannten Lichtverschmutzung entgegenzuwirken, wird systematisch auf eine nach unten gerichtete angemessene Straßenbeleuchtung und eine zeitlich begrenzte Beleuchtung von Bauten geachtet;
- Die Planung von Mobilfunkantennen erfolgt im Rahmen einer präventiven, interkommunalen oder regionalen Standortplanung, wobei sensible Standorte, wie Schulgebäude und Spitäler berücksichtigt werden. Andere Mobilfunkanwendungen (Handy, WIFI usw.) werden aus diesen sensiblen Zonen ausgeschlossen;
- Die Gemeinde integriert in ihren Gutachten zu den Kommodo-Inkommodo Genehmigungen auch die Aspekte der Luft- und Lärmbelastungen.

Unser Ziel: Eine zukunftsweisende Abfallpolitik

Die Abfallvermeidung hat Priorität. Die Abfallwirtschaft der Gemeinde muss generell zu Rohstoff- und Energieeinsparungen führen. Recycling ist kein Selbstzweck, sondern muss sehr genau entsprechend diesen Zielen organisiert werden.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde erstellt ein modernes Abfallwirtschaftskonzept mit Priorität auf Abfallvermeidung und staffelt die Gebühren nach dem Verursacherprinzip;
- Es werden umfassende Informations- und Sensibilisierungskampagnen für die Haushalte sowie die Gewerbe- und Industriebetriebe durchgeführt;
- Das Sortieren zwecks Ausnutzung des Recyclingpotenzials von Glas, Papier, Metall, Kunststoffen und Bioabfällen, deren Verwertung und die Beseitigung des Restmülls und der Problemabfälle werden nach den neuesten Erkenntnissen und nach der ökologisch sinnvollsten Art und Weise durchgeführt;
- In allen kommunalen Einrichtungen, bei Festen und Veranstaltungen wird auf eine vorbildliche Abfallvermeidung und -sortierung gesetzt;
- Die Gemeinde ist darum bemüht, Rohstoffkreisläufe sinnvoll zu schließen und z.B. Biomüll in der Region zu verarbeiten;
- Die Gemeinde überwacht das Altlastenkadaster und weist bei neuen Projekten auf diese Altlasten hin.

Unser Ziel: Die Gemeinde als Verbraucher mit Verantwortung

Die Gemeinde ist ein großer Auftraggeber für den Handel und die Betriebe und erhöht durch eine gezielte Nachfrage nach ökologisch einwandfreien Erzeugnissen, das Angebot dieser Produkte. Gleichzeitig beeinflusst sie durch ihre Vorbildfunktion das Einkaufsverhalten der Bevölkerung.

Unsere Maßnahmen:

- Der Einkauf der Gemeinde orientiert sich an ökologischen, sozialen und ethischen Kriterien:
 - Recyclingpapier und umweltgerechtes Büromaterial
 - Holzprodukte mit Qualitätslabel (FSC,...)
 - Grüner Strom für den Eigenbedarf der Gemeinde und für ihre Syndikate
 - Energieeffizienter Fuhrpark
 - Umweltschonende Putzmittel
- In kommunalen Einrichtungen, wie der Gemeindeverwaltung, Schulkantinen oder Kindertagesstätten werden biologische und saisonale Nahrungsmittel aus der Region sowie Transfair-Produkte eingesetzt;
- Die Gemeinde bietet ihrem Personal den Öko-Pass an und stellt (Elektro)-Fahrräder zur Verfügung;
- Bei kommunalen Neubauten und Renovierungen werden ökologische und, soweit wie möglich, baubiologische Baumaterialien eingesetzt;
- Kommunale Neubauten werden entsprechend der Energieklasse A oder mindestens B realisiert und mit energiesparender Technik (Beleuchtung, Elektrogeräte,...) ausgerüstet;
- Initiativen für fleischarme Ernährung, wie z.B. ein wöchentlicher **Veggi-Day**¹⁰ werden unterstützt.



Kapitel 5

Klima und Energie: lokal handeln

Unser Ziel: Lokale Verantwortung für globale Herausforderungen

Global denken – lokal handeln. Dieses Prinzip lässt sich auf kommunaler Ebene sehr anschaulich und wirkungsvoll umsetzen. Es geht um den Umgang mit den Menschen und um die zukünftigen Generationen. Gerade die Gemeinden müssen helfen, die globalen Herausforderungen wie Klimaschutz und Verteilungsgerechtigkeit (wie das Erreichen der **UN-Millenniumsziele**¹¹) anzugehen.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde tritt dem nationalen und dem internationalen Klimabündnis bei. Sie gibt sich ein Aktionsprogramm, um die Anforderungen des Klimabündnisses auf ihrem Gebiet zu erreichen und orientiert alle ihre Entscheidungen an diesen Zielsetzungen;
- Die Gemeinde unterstützt nationale Programme und Aktionen zum Klimaschutz;
- Besonders die Bereiche Flächenplanung, Energie, Mobilität und Einkauf orientieren sich an den Klimaschutzziele;
- Es werden kommunale Aktionen zum Herabsetzen der CO₂-Emissionen unternommen und entsprechende Projekte durchgeführt. Eine CO₂-Bilanz wird erstellt und regelmäßig aktualisiert;
- In Ländern der Dritten Welt werden lokale Projekte unterstützt bzw. mit den Betroffenen aufgebaut. Um das Bewusstsein für die Probleme und das Verständnis für die Kultur in diesen Ländern zu fördern, wird die hiesige Bevölkerung in die Projekte miteinbezogen;
- Die Gemeinde organisiert regelmäßig Kampagnen und Informationsabende zur Nord-Süd Problematik;
- Im Sinne eines Europas der Bürger, werden Gemeindeparterschaften (*Jumelages*) mit ausländischen Städten und Gemeinden nach nachhaltigen Kriterien z.B. in der Großregion abgeschlossen. Es gilt durch solche Partnerschaften Netzwerke der Innovation und der Kreativität in den Gemeinden zu entwickeln.

Unser Ziel: Eine intelligente Energienutzung ohne Atomkraft

Der Ausstieg aus der Ölabhängigkeit und der Atomkraft muss sofort angegangen werden, auch auf lokaler Ebene. Ziel ist die energieautarke Gemeinde. Lokale regenerative Energie vor Ort nutzen und einen kommunalen Mehrwert produzieren - das geht! Mehrere Gemeinden im In- und Ausland machen es bereits vor.

Unsere Maßnahmen:

- Ein kommunales Energiekonzept wird erstellt mit den drei Schwerpunkten „Einsparungen, effiziente Nutzung und Erneuerbare Energien“. Ein Solarkadaster zur Ausweisung potentieller Flächen für die Nutzung von Solarenergie wird erstellt;
- Die **Energiebuchführung**¹² für kommunale Gebäude wird aufgebaut. Für gemeindeeigene Gebäude werden Einsparpotenziale definiert und Sanierungsprogramme erstellt;
- Kommunale Neubauten werden nach Passivbauweise (Klasse A) oder mindestens Klasse B realisiert;
- Energie-Sparkampagnen für private Haushalte und kleinere Gewerbebetriebe werden gestartet;
- Die Gemeinde setzt sich ein für eine Energieberatung vor Ort, die auf regionaler Ebene aufgebaut wird und unter der direkten Verantwortung der Gemeinden steht;
- Die dezentrale und autonome Energieproduktion wird gefördert, z.B. Wärme-Kraft-Kopplung evtl. im Gebäudebestand mit angeschlossenem Nahwärmenetz. Dabei kommen verstärkt lokale Energieträger wie Holz oder Biomasse zum Einsatz;
- Erneuerbare Energiequellen, d.h. Sonne, Wasser, Wind und Bioenergie werden kommunal genutzt und finanziell bezuschusst. Die Gemeinde initiiert Photovoltaik-Gemeinschaftsanlagen auf kommunalen Dachflächen;
- Bei neuen Gewerbegebieten und Siedlungsprojekten wird auf eine energieeffiziente Planung geachtet, auch auf regionaler Ebene;
- Die Gemeinde nutzt ihren Einfluss beim Bau von landwirtschaftlichen Biogasanlagen, um Kriterien für den Anbau von Energiepflanzen festzulegen.
- Die Gemeinde nutzt ausschließlich Ökostrom für ihren Eigenbedarf und ihre kommunalen Syndikate und sensibilisiert die Bevölkerung und Betriebe, auf Ökostrom umzusteigen;
- Die energetische Sanierung von Privatwohnungen wird von der Gemeinde zusätzlich zu den staatlichen Hilfen subventioniert.

Kapitel 6

Lokale Wirtschaft: Innovation fördern, Arbeit schaffen, ressourcenschonend investieren

Unser Ziel: Die Gemeinde als Garant für Innovation

Die Gemeinde kann auf ihrem Gebiet ein Umfeld schaffen, das für Handel und Gewerbe attraktiv ist und das die Grundbedürfnisse der Menschen in der Region befriedigt. Indem sie besonders die Ansiedlung von innovativen Klein- und Mittelbetrieben fördert, hilft sie, die Wirtschaft zu diversifizieren und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Hierbei wird besonders auf die gezielte Ansiedlung von Betrieben gesetzt, von denen zukunftsfähige und ökologisch verträgliche Produkte oder Produktionsverfahren zu erwarten sind.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde führt eine Stärken-Schwächen-Analyse des lokalen wirtschaftlichen und sozialen Potenzials durch;
- Es wird ein ausgewogenes Angebot an wirtschaftlichen Strukturen aufgebaut, indem die Gemeinde besonders eine Mischung aus Lebensmittelhandel, kleinen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben fördert;
- Die Gemeinde regt neue Synergien an und stärkt den Produktabsatz aus der Region, indem sie die verschiedenen lokalen oder regionalen Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts- und Industriebetriebe an einen Tisch bringt;
- Die Gemeinde ist selbst als Wirtschaftsakteur aktiv und setzt, eventuell in Partnerschaft mit privaten Wirtschaftsakteuren, innovative und nachhaltige Projekte um, wie Plusenergiesiedlungen, Nahwärmenetze, Solaranlagen oder *Car-Sharing*;
- Jungen Betrieben werden günstige Räumlichkeiten - *Pépinières d'entreprises* - zur Verfügung gestellt, um ihnen über Startschwierigkeiten hinweg zu helfen;
- Die Gemeinde gibt sich ein Konzept, um das wirtschaftliche Potenzial und die Kreativität von Frauen zu fördern;
- Die Gemeinde kauft leerstehende Geschäftsflächen auf und vermittelt sie an neue Nutzer.

Unser Ziel: Eine bessere Nutzung gemeindeeigener Ressourcen

Die Gemeinde wirtschaftet konsequent nach den Prinzipien der Nachhaltigkeit. Dies bedeutet längerfristig die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern, die globalen Herausforderungen der Zukunft anzugehen und Kosten zu sparen. Die Gemeinde schafft als Arbeitgeber auch Arbeitsplätze und speist, als öffentlicher Auftraggeber, finanzielle Mittel in den lokalen und regionalen Wirtschaftskreislauf.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde investiert in Menschen und ihr Know-how, indem sie für personell gut besetzte Ämter und Dienstleistungsbetriebe und für konsequente Weiterbildung ihrer Beschäftigten sorgt;
- Die Gemeinde vermeidet es, ihre Dienstleistungsbetriebe auszulagern. Falls dies nicht möglich ist, muss das Einfluss- und Steuerungsvermögen der Gemeinde erhalten bleiben. Auf keinen Fall darf sie ihre Dienstleistungen im Bereich der Wasserversorgung privatisieren;
- Die Gemeinde gibt sich ökologische und soziale Kriterien für ihr Beschaffungswesen und ihre Aufträge. Sie kauft neben fair gehandelten Produkten auch regionale Erzeugnisse ein;
- Die Gemeinde kontrolliert langfristig ihre laufenden Ausgaben, indem sie ihren eigenen Energie- und Wasserverbrauch vermindert, ihre Gebäude saniert und sich einen emissionsarmen Fuhrpark anschafft;
- Die Gemeinde gibt sich eine Energiebuchführung für kommunale Gebäude, die es ermöglicht, den kommunalen Energieverbrauch zu analysieren und Strategien für eine höhere Energieeffizienz umzusetzen;
- Die Gemeinde stellt einen mehrjährigen Finanzierungsplan ihrer zukünftigen Investitionen auf (*programme pluriannuel d'investissement et de financement*) und achtet bei einer neuen Kreditaufnahme darauf, dass ihre jährlichen Ausgaben für die Schuldentilgung nicht 20% ihrer ordinären Einnahmen überschreiten;
- Die Gemeinde denkt bei ihren Entscheidungen immer auch regional, indem sie konsequent die Möglichkeit interkommunaler Planung bei Projekten in Betracht zieht, wie bei Freizeit- oder Kinderbetreuungseinrichtungen, Musikschulen, Bustransport, Fahrradwegen oder Gewerbezonem;
- Die Gemeinde wird im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit aktiv und initiiert neue Beschäftigungsmodelle im Bereich der Sozial- und Solidarökonomie. So entstehen Arbeitsplätze für schwer vermittelbare Arbeitssuchende und es werden Güter und Dienstleistungen erbracht, die umweltpolitischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen entsprechen, die vom privaten Markt stark vernachlässigt werden;
- Die Gemeinde gibt sich eine Strategie, um die Jugendarbeitslosigkeit vor Ort zu bekämpfen. Sie arbeitet mit den Regionalbüros der *Action locale pour jeunes* zusammen, bildet Synergien mit den lokalen Betrieben und dem Handel und bindet die Sozial- und Solidarwirtschaft mit ein.

Unser Ziel: Sanfter Tourismus als Wirtschafts- und Kulturfaktor

Die Entwicklung des Tourismussektors kann in Luxemburg nur gelingen, wenn die Gemeinden sie auf regionaler Ebene vorantreiben. Angebote für Touristen kommen ebenfalls der lokalen Bevölkerung und Wirtschaft zugute und erweitern das Kultur- und Freizeitangebot in der Gemeinde.

Unsere Maßnahmen:

- Neue kommunale Dienstleistungen und Infrastrukturen werden so ausgerichtet, dass sie sowohl der einheimischen Bevölkerung als auch dem Tourismus zugute kommen;
- Die Gemeinde erstellt ein Inventar der schützenswerten Gebäude, Plätze oder Landschaften und gibt sich eine Strategie, um diese zu erhalten bzw. aufzuwerten;
- Die Gemeinde initiiert zusammen mit lokalen Vereinen und den Nachbargemeinden die Ausarbeitung eines Tourismuskonzeptes für die Region, das auf die Bewahrung und die sanfte bzw. umweltbewusste Nutzung des natürlichen, kulturellen und historischen Erbes setzt;
- Die Gemeinde arbeitet eng mit den Nachbargemeinden und Strukturen der Großregion zusammen und sorgt so für eine breite Vernetzung des Angebots;
- Die Region wird professionell vermarktet und es wird besonders über jene Tourismusedinfrastrukturen informiert, die den Kriterien der Umweltverträglichkeit gerecht werden (wie *Ecolabel* oder *Bed&Bike*);
- Eine qualitative Verbesserung des Angebots für Touristen erfolgt, indem thematische Fahrrad- und Wanderwege, geführte Besichtigungen, Informationszentren, Jugendherbergen, *gîtes ruraux* und *gîtes d'étapes* angelegt werden.



Kapitel 7

Demokratie und Verwaltung: Eine offene Gemeinde

Unser Ziel: Umfangreiche Information und Transparenz

Eine umfassende Information macht die politische Arbeit transparent und erhöht die Möglichkeit zur sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Neue Technologien erleichtern den Zugang zu Information und Wissen.

Unsere Maßnahmen:

- Informationen über die Aktivitäten, Projekte und politischen Entscheidungen der Gemeinde werden allen Bevölkerungsgruppen zugänglich gemacht;
- Bei den Publikationen und den Informationsversammlungen wird die sprachliche Realität der lokalen Bevölkerung berücksichtigt und die kommunalen Mitteilungen werden möglichst in mehreren Sprachen veröffentlicht;
- Die Gemeinde setzt verstärkt auf digitale Medien, wie Internet, Infokanal oder Mobiltelefonnetze, um der Bevölkerung ihre administrativen Dokumente, politischen Beschlüsse oder Informationen zugänglich zu machen. Sie richtet einen *virtuellen Gemengereider* ein und veröffentlicht und archiviert die Berichte aus dem Gemeinderat auf ihrer Homepage;
- Die Gemeinde informiert schnell und umfassend bei Vorfällen, welche eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung darstellen, wie bei einer Überschreitung der Grenzwerte der Luft oder des Trinkwassers;
- Um der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, an öffentlichen Gemeinderatssitzungen teilzunehmen, finden diese vorzugsweise außerhalb der normalen Arbeitszeiten statt;
- Bei größeren Projekten, wie Bauvorhaben oder neuen reglementarischen Bestimmungen, werden frühzeitig Bürgerversammlungen organisiert;
- Der Schöffenrat hält sich in öffentlichen Sprechstunden für die Belange der Bürger und Bürgerinnen bereit. In kleineren Gemeinden werden im Rahmen der Gemeinderatssitzungen öffentliche Fragestunden eingeführt.

Unser Ziel: Alle reden mit

Die Bürger und Bürgerinnen müssen in die politischen Entscheidungen eingebunden werden, denn die kommunalen Beschlüsse gestalten ihr unmittelbares Lebensumfeld und das soziale Zusammenleben in der Gemeinde. Der politische Entscheidungsprozess muss transparent sein und Partizipationsmöglichkeiten müssen sich an alle Bevölkerungsgruppen richten.

Unsere Maßnahmen:

- Der Gemeinderat gibt sich ein internes Reglement über seine Arbeitsweise und über die Besetzung, die Funktionsweise und die Befugnisse der beratenden Kommissionen;
- Die beratenden Kommissionen sollen möglichst paritätisch mit Frauen und Männern und mit nicht-luxemburgischen Bürgern besetzt werden. Neben den politischen Vertreterinnen und Vertretern werden ebenfalls lokale Vereine sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger hinzugezogen;
- Die Gemeinde setzt neben den gesetzlich vorgeschriebenen Kommissionen, dh. der Schul-, Miet- und Ausländerkommission zusätzlich andere Kommissionen ein, wie eine Umweltkommission, eine Finanzkommission, eine Kommission für Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern oder eine Genderkommission, eine Kultur- oder Sportkommission ...;
- Im Gemeindereglement werden klare Richtlinien festgeschrieben, welche Befragungen und Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bevölkerung fördern und regeln. Die Gemeinde setzt vielfältige Formen der Bürgerbeteiligung ein, wie *Runde Tische*, *Planungszellen* oder das Konzept des **Open Space**¹³ ;
- Bei der Planung von Projekten und für die Lösung von Problemen oder Konflikten werden die zuständigen Kommissionen hinzugezogen und es wird systematisch mit den betroffenen lokalen Vereinen und Bürgerinnen und Bürgern zusammengearbeitet;
- Bei allen Partizipationsprozessen wird darauf geachtet, dass auch jene Bevölkerungsgruppen sich beteiligen, die sich normalerweise nicht einbringen, wie sozial Benachteiligte, Migranten und Migrantinnen oder Alleinerziehende;
- Die nicht-luxemburgische Bevölkerung wird kontinuierlich miteinbezogen und wird gezielt sensibilisiert, sich in die Wählerlisten einzutragen und sich politisch zu engagieren;
- Über Kinder- und Jugendgemeinderäte oder andere demokratische Prozesse beteiligen sich Kinder und Jugendliche aktiv am Gemeindeleben.

Unser Ziel: Ein besserer Service für Bürgerinnen und Bürger

Einfache Verwaltungsabläufe, bürgerfreundliche Dienststellen und ein breites Angebot an Behördengängen via Internet machen die Gemeinde bürgernah und führen zu mehr Effizienz und Transparenz. Hilfe beim Umgang mit digitalen Medien verhindern eine Spaltung der Gesellschaft.

Unsere Maßnahmen:

- Die Gemeinde richtet ein Zentrales Bürgeramt ein, das die verschiedenen administrativen und sozialen Dienstleistungen und alle erforderlichen Informationen von einem einzigen Ort aus zugänglich macht;
- Alle Behördengänge können gleichzeitig via Internet erledigt werden. Unkomplizierte Formulare und weitreichende Informationen werden online angeboten, so dass das Internetportal der Gemeinde parallel zum Zentralen Bürgeramt zur Schnittstelle zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung wird;
- Die Öffnungszeiten der Verwaltung werden ausgedehnt, um den Bedürfnissen der Bevölkerung angepasst zu werden;
- Die Gemeinde gibt sich einen umfassenden Maßnahmenkatalog, um ihre Information und Kommunikation für Menschen mit einer Behinderung zugänglich zu machen, z.B. über einen behindertengerechten Zugang zu den gemeindeeigenen Web-Seiten;
- Die Gemeinde sorgt für einen breiten Zugang zu den digitalen Medien, indem sie im Rahmen ihrer Biblio- oder Mediatheken betreute Internetstuben einrichtet. Es werden außerdem Einführungs- und Weiterbildungskurse angeboten, welche sich an die verschiedenen Bevölkerungs- und Altersgruppen richten;
- Um speziell die Online-Informationen und -Dienstleistungen allen möglichst leicht und kostenfrei zugänglich zu machen, fördert die Gemeinde den Einsatz freier und quelloffener Software und Standards;
- Die Gemeinde fördert Initiativen im Bereich des Ehrenamtes und unterstützt Verbände und Vereine in ihrer Arbeit.



Fußnoten

¹ Bestehende Planungsinstrumente auf nationaler Ebene

- Loi modifiée du 21 mai 1999 concernant l'aménagement du territoire (Mémorial A n° 061 du 03 juin 1999)
- IVL (Ein Integratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept für Luxemburg - 2002)
- Programme directeur de l'aménagement du territoire (arrêté en mars 2003)
- 3 Plans directeurs sectoriels : 'Lycées', 'Stations de base pour réseaux publics de communications mobiles', 'Décharges pour déchets inertes'
- 4 'avant-projets de plans directeurs sectoriels : 'Logement', 'Transport', 'Paysages protégés', 'Zones d'activités économiques'
- Plan d'occupation du sol, 'Aéroport', und andere,
- In Zukunft sollen noch Regionalpläne hinzugefügt werden.

² Shared space

Shared Space (oder ‚zone de rencontre‘ oder Begegnungsraum) ist ein neues Konzept zur umfassenden Gestaltung des öffentlichen Raumes. Straßen, Wege und Plätze werden als Lebensraum aufgefasst, der von allen Mitgliedern der Gesellschaft geteilt und gemeinsam genutzt wird. Dieser Lebensraum soll so eingerichtet und gestaltet werden, dass er zu einem Ort der Begegnung, der Kommunikation und des sozialen Umgangs wird. Dieser Raum wird nicht durch Ampeln, Verkehrsschilder, Fußgängerinseln und andere Barrieren organisiert, sondern durch die Möglichkeit der Verständigung aller Verkehrsteilnehmer - seien sie Autofahrer oder Passanten, Radler oder Flaneure, spielende Kinder oder stille Beobachter. Die Verkehrsteilnehmer werden nicht voneinander getrennt, sondern teilen sich den Straßenraum im Sinne des verantwortungsbewussten Miteinanders. Auch Autofahrer müssen sich in das menschliche Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und spielenden Kindern einfügen.

³ Car-Sharing

Car-Sharing ist die organisierte Form der gemeinschaftlichen Autonutzung. Die Fahrzeuge stehen an Car-Sharing-Stationen auf reservierten Stellplätzen zur Verfügung. Nach der Nutzung wird das Fahrzeug wieder an derselben Station abgestellt für andere Nutzer. Die Kunden schließen mit dem Car-Sharing Verein einen Rahmenvertrag ab und können dann jederzeit eigenständig die Fahrzeuge nutzen. Voraussetzung ist eine telefonische oder per Internet vorgenommene Buchung. Die Stationen befinden sich im Stadtgebiet verteilt in der Nähe der Wohnungen privater Nutzer oder bei Betrieben. Das System wird mittlerweile in vielen größeren Städten angeboten, funktioniert aber auch in kleineren Gemeinden. Die Gemeinden können den Neustart eines Car-Sharing-Angebotes fördern, indem sie zum Beispiel als gewerblicher Nutzer mitmachen. Mehr Infos bei dem deutschen Dachverband der Car Sharing – Anbieter unter www.carsharing.de

⁴ Bail emphytéotique / Erbpachtvertrag

Extrait de l'exposé des motifs du projet de loi sur le Pacte logement :

EMPHYTEOSE ET DROIT DE SUPERFICIE

...l'emphytéose n'est pas permise sur une chose mobilière. Qui plus est, l'emphytéote exerce des prérogatives qui vont bien au-delà de celles d'un simple locataire. Il dispose d'un droit réel et non d'un droit personnel. Par droit réel, on entend la maîtrise totale ou partielle exercée par un individu ou une personne morale sur une chose matérielle. Ainsi, en cas de trouble de sa jouissance, l'emphytéote jouit de toutes les actions immédiates contres les auteurs du trouble, sans qu'une quelconque intervention du propriétaire ne soit nécessaire.

Le droit de superficie permet de construire sur le bien d'autrui tout en dissociant la propriété du „sol“ de la propriété de ce qui se trouve sur ce „sol“. Tout comme l'emphytéote, le superficiaire peut ainsi construire en bénéficiant d'un investissement réduit pour ce qui concerne „l'acquisition du fonds“. Le droit de superficie présente cependant l'avantage pour son bénéficiaire d'être propriétaire de ce qu'il érige, contrairement à l'emphytéote qui en a certes un usage „à la façon d'un propriétaire“, mais sans en être juridiquement propriétaire.

⁵ Maison relais für Sport:

Diese Maison relais ist eine Kinderbetreuungsstruktur, die besonders auf ein umfassendes Angebot an sportlichen Aktivitäten aufbaut

⁶ Gendermainstreaming:

Der Begriff "gender" stammt aus dem englischen Sprachraum und bedeutet in Ergänzung zum biologischen Geschlecht das soziale Geschlecht. Das soziale Geschlecht oder „gender“ ist vor allem das Ergebnis von Erziehung, Geschlechterrollen und kulturellen Traditionen. Frauen sind hauptsächlich auf Grund dieses sozialen Geschlechts benachteiligt. Gendermainstreaming ist eine Strategie, die alle politischen Maßnahmen nach ihren Auswirkungen auf Frauen und Männer hinterfragt, mit dem Ziel beide Geschlechter gerecht zu behandeln.

7 Agenda 22

Die Agenda 22 ist die lokale und regionale Umsetzung der UN-Standardregeln zur Herstellung von Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen aus dem Jahre 2001. Die Chancengleichheit von den meisten chronisch kranken und behinderten Mitbürgern wird nicht an Gesetzestexten oder politischen Deklarationen gemessen, sondern an den Verhältnissen ihres konkreten Lebensumfeldes, also an den Teilhabe-Möglichkeiten, die sich ihnen vor Ort bieten.

Der Handlungsbedarf auf dem Weg zur Chancengleichheit offenbart sich lokal am deutlichsten. Oft sind es Missstände vor Ort, Barrieren in der unmittelbaren Umwelt (und in den Köpfen), die manchmal auch gegen Widerstände kommunaler Akteure abgebaut werden müssen. (Auszug Agenda 22)

8 Die FSC-Zertifizierung

FSC- Forest Stewardship Council bescheinigt, dass bei der Bewirtschaftung der Wälder bestimmte ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden.

9 Contrats de rivières

Dies sind Verträge finanzieller oder technischer Natur, welche die zuständigen Verwaltungen mit den Landwirten abschließen zum Schutz der Gewässer.

10 Der Veggi-Day

In einer Reihe von Städten oder Gemeinden im Ausland wird regelmäßig ein fleischfreier Tag abgehalten (etwa der vegetarische Donnerstag). Hintergrund sind neben der Gesundheitsförderung (gegen Kreislaufschäden oder Fettleibigkeit) auch Aspekte des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit, da für den weltweit wachsenden Fleischbedarf immer mehr Landfläche für Weideland und für den Anbau von Futtermitteln zum Opfer fällt.

11 Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen

Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen sind 8 Entwicklungsziele der Weltgemeinschaft, die im Jahre 2000 verabschiedet wurden und bis 2015 erreicht werden sollten. Die UN-Nachfolgekonferenz im Jahre 2010 wies mit Nachdruck auf die großen Umsetzungsschwierigkeiten zum Erreichen der Ziele bis 2015 hin.

Die 8 Ziele umgreifen: Bekämpfung von extremer Armut und Hunger; Primärschulbildung für alle; Gleichstellung der Geschlechter – Stärkung der Rolle der Frauen; Senkung der Kindersterblichkeit; Verbesserung der Gesundheitsversorgung der Mütter; Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen schweren Krankheiten; ökologische Nachhaltigkeit; Aufbau einer globalen Partnerschaft für Entwicklung.

12 Energiebuchführung für kommunale Gebäude

Die Gemeinde gibt sich eine Energiebuchhaltung für kommunale Gebäude, die es ermöglicht, den Energieverbrauch – die Raumwärme, das Warmwasser und der Strom - aufzuzeichnen und zu analysieren. Damit entstehen Daten, die der Gemeinde Einsparpotenziale bei Energie und Kosten aufzeigen.

13 Runde Tische

Sie können in vielen Bereichen der Gemeindepolitik eingesetzt werden, um Lösungen bei Konflikten und Problemen zu finden. Bei einem Runden Tisch wird jeweils nur auf einem Thema gearbeitet, wie Verkehr, Energie, Dorferneuerung usw. Am Runden Tisch finden sich betroffene Personen mit ihren unterschiedlichen Interessen zusammen, um gemeinsam eine Lösung zu finden. Eventuell wird eine professionelle Moderation eingesetzt. Je nach Aufgabe werden Runde Tische für eine begrenzte Zeit einberufen oder arbeiten als permanentes Gremium.

14 Die Planungszelle

Sie ist eine aufwendigere Form der Bürgerbeteiligung und wird eingesetzt, um Lösungsvorschläge für komplexe Situationen zu finden. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden nach einem Zufallsverfahren ausgewählt und für eine begrenzte Zeit mit einer finanziellen Abfindung von ihren täglichen Verpflichtungen freigestellt. Zusammen mit Experten und Koordinationspersonal arbeiten sie in kleinen Gruppen Lösungen aus, die in einem abschließenden Bericht festgehalten werden.

15 Open Space

Open Space oder Open Space Technology eignet sich für Gruppen von etwa 50 bis 2000 Teilnehmern. Sie wird eingesetzt zur Moderation und Strukturierung von Konferenzen. Charakteristisch ist die inhaltliche und formale Offenheit: Die Teilnehmer geben eigene Themen ein und bilden eigene Arbeitsgruppen, in welchen mögliche Projekte erarbeitet werden. Wichtig ist eine Infrastruktur, die die Umsetzung der entstandenen Projektideen organisiert, denn Open Space kann in kurzer Zeit eine große Vielfalt von konkreten Maßnahmen produzieren.

déi gréng
1, rue du Fort Elisabeth
L-1463 Luxembourg

Tél.: 27 48 27 1
fax.: 27 48 27 22
mail: greng@greng.lu

www.greng.lu

déi
gréng